

**Protokoll
über die 33. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (Sondersitzung) am
26.10.2006**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD	ab 18.20 Uhr
Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS	
Riedel, Georg-Christian	CDU	
Woywode, Robert	CDU	

stellvertretende Mitglieder

Meslien, Daniel	SPD	ab 18.50 Uhr
-----------------	-----	--------------

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Seifert, Frank
Seifert, Heike
Petznik, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Steffen Block

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 12.10.2006 (öffentlicher Teil)
3. Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2007
4. Seniorenarbeit in Schwerin
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
7. Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
- 7.1. Überplanmäßige Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II
Vorlage: 01337/2006
8. Anträge aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 8.1. Kostenfreies Mittagessen für Schweriner Grundschüler
Vorlage: 01316/2006
9. Sonstiges
Gestaltung der Sitzung am 14. Dezember 2006

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 33. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung folgendermaßen zu verändern: Der TOP 8.1 wird vor dem TOP 3 behandelt. Der TOP 3 wird nach dem TOP 6 behandelt.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 12.10.2006 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Zu 5, Satz 1:
Das Finanzverwaltungsamt präsentiert den Haushalt **2007** und führt in die Thematik ein.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird mit dieser Ergänzung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2007**

Bemerkungen:

Es besteht Einvernehmen, dass zu den einzelnen Haushaltsansätzen grundsätzlich kein Gesprächsbedarf besteht.

Die Vorsitzende erachtet es als erforderlich vor Entscheidungen des Ausschusses zum Haushalt 2007 die beabsichtigte Erhöhung der Fahrpreise der NVS GmbH zum 01. Januar 2007 zu thematisieren, so dass heute dem Haushalt 2007 (dem Budget 50) noch nicht zugestimmt werden sollte.

Es bestünden erhebliche Bedenken gegen die Fahrpreiserhöhung mit ihren Auswirkungen auf sozial schwache Bürgerinnen und Bürger, z.B. hinsichtlich der Auswirkungen auf Schüler, Auszubildende und Studenten. Der Hauptausschuss soll aufgefordert werden, andere Wege zu beschließen, um den Betriebskostenzuschuss an den Nahverkehr zu konsolidieren.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, einen Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2007 (Verwaltungshaushalt) einzureichen mit dem Ziel, dass auf eine Absenkung des Betriebskostenzuschusses an den Nahverkehr (Haushaltsstelle 79200.71500) in einem entsprechenden Umfang verzichtet wird bzw. dass entsprechende Absenkungen zurückgenommen werden.

Der Änderungsantrag, der bis zum 16. November 2006 einzureichen ist, sollte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen beschlossen werden.

Der Tarifierhöhung beim Nahverkehr sollte nach Auffassung aller Mitglieder des Ausschusses entgegengesteuert werden.

Eine Entscheidung zum Haushalt 2007 wird der Ausschuss in der Sitzung am 16. November 2006 treffen.

Beschluss:

Es wird wie beschrieben verfahren.

zu 4 **Seniorenarbeit in Schwerin**

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Burmeister, stellt das Schweriner Seniorenprogramm vor und führt unter anderem aus, dass das Programm auch Denkanstöße vermitteln soll. Die demografischen Veränderungen sollten als Chance für die Umgestaltung in der Stadt verstanden werden und im zu erarbeitenden Leitbild der Landeshauptstadt berücksichtigt werden.

Seniorenarbeit sei auch eine politische Aufgabe der Stadtvertretung, die sämtliche Bereiche des täglichen Lebens betreffe.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates richtet einen Appell an die Politik, den Wohnungsbestand der WGS nicht zu verkaufen.

Die Redebeiträge übergibt der Vorsitzende zum Protokoll (Anlage 1 und 2).

Die Vorsitzende verweist noch mal auf das Rederecht des Seniorenbeirates im Ausschuss für Soziales und Wohnen und bittet, davon jederzeit Gebrauch zu machen.

Frau Christine Dechau stellt Hintergründe, Ziele, Tätigkeiten und das Aufgabenprofil der AG Offene Altenarbeit beim Seniorenbüro mittels einer ausführlichen Powerpoint – Präsentation vor, die zum Protokoll gereicht wird (Anlage 3).

Anschließend stellt Frau Demuth, Sprecherin und Koordinatorin des Arbeitskreises SeniorTrainer Schwerin, die Tätigkeiten vor und berichtet ausführlich und anschaulich über die Arbeit und Erfolge.

Der Vertreter des Sozialverbandes Deutschland (VdK) mahnt die Durchführung eines parlamentarischen Abends der Stadtvertretung an; eine entsprechende Zusage habe der Präsident der Stadtvertretung dem Verband gegeben.

Der hierzu vorhandene Schriftverkehr (Schreiben vom 6. Juni 2004 und vom 23. März 2005), sowie sein Redebeitrag in der Stadtvertretung am 17. Oktober 2005 sollen dem Protokoll als Anlage beigelegt werden (Anlage 4).

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Aktivitäten der beteiligten Personen mit Hochachtung und Bewunderung zur Kenntnis.

Nachfragen zu den Vorträgen erfolgen nicht.

Es wird festgestellt, dass die Zusammenarbeit auch weiterhin gewährleistet werden soll, ebenso wie die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagement durch den Ausschuss.

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Herr Meslin bat in der 30. Sitzung am 14. September 2006 um einen Sachstandsbericht zur künftigen Unterbringung wohnungsloser Menschen in einer der nächsten Sitzungen.

Die Unterkunft für Wohnungslose in der Anne-Frank-Straße 50 / 51, die von der Comtact GmbH mit 80 Bettenplätzen betrieben wird (Gebäudeigentümer: WGSmbH) wird nach aktuellen Planungen der Bauverwaltung im Jahre 2008 abgerissen. Der Standort Anne-Frank-Straße ist als Wohnbauflächenpotential in die weiteren Planungen der kommunalen Baulandpolitik eingeordnet.

Der Betreiber wurde um die Darlegung seiner Vorstellungen zu der Problemlösung ab dem Jahre 2008 gebeten.

Verwaltungsinterne Überlegungen sehen für eine adäquate Einrichtung ein niederschwelliges Angebot für Männer und Frauen vor, das vorrangig ihre kurzfristige Unterbringung bis zur Wiedereingliederung in regulären Wohnraum bzw. in andere Wohnformen sichern soll.

In den Fällen von drohender Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern gelang es bisher, sie zeitnah in anderen Wohnungen unterzubringen bzw. auf andere Art und Weise die Wohnungslosigkeit zu vermeiden. In den Fällen, die trotz aller Bemühungen in einer Wohnungslosenunterkunft untergebracht werden müssen, sollte sichergestellt sein, dass dies räumlich getrennt von den oben genannten Personenkreisen erfolgen kann.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 6 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Der TOP wurde nicht verhandelt.

zu 7 Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 7.1 Überplanmäßige Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II Vorlage: 01337/2006

Bemerkungen:

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage die Deckungsvorschläge.

Beschluss:

Den überplanmäßigen Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II werden zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

zu 8 Anträge aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 8.1 Kostenfreies Mittagessen für Schweriner Grundschüler
Vorlage: 01316/2006**

Bemerkungen:

Zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt ist von der von der SPD – Fraktion niemand anwesend.

Die Leiterin des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit, Frau Seifert, erläutert den Antrag aus Sicht der Verwaltung. In Schwerin gebe es rund 1.900 Grundschüler in städtischen Schulen, 1.100 nehmen am Mittagstisch teil. Kosten für ein Essen betragen 2,30 €, so dass 875 T€ zusätzliche Kosten entstehen würden.

Der Beigeordnete Herr Junghans verweist auf den pädagogischen Mittagstisch beim Kinderschutzbund, der sich bewährt habe, und auf den kommunalen Zuschuss i.H.v. 5.600 €.

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Frau Bemann, führt aus, mit einigen Leiter/innen von Kitas und Schulen gesprochen zu haben. Konkrete Zahlen lägen nicht vor, aber 25 % der Kinder würden täglich keine warme Mahlzeit erhalten. Die SPD geht davon aus, dass die Mehrzahl dies aus Kostengründen nicht kann. Die Ausschussmitglieder erfragen konkrete Zahlen, 25 % werden als zu hoch gegriffen bewertet. Es muss verhindert werden, dass ein kostenfreies Mittagessen auch Kindern Besserverdienender zu gute kommt.

Erfahrungen des Kinderschutzbundes sollten in die Überlegungen einfließen.

Frau Dr. Bank möchte wissen, wie vielen Kindern derzeit das Mittagessen bezahlt wird und wie viele Kinder darüber hinaus überhaupt das Mittagessen in Anspruch nehmen wollen.

Herr Woywode weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag, auch wenn es gemeint ist, nichts von kostenlos steht. Außerdem sei vor allem die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern entscheidend.

Frau Sembritzki verweist auf den Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS, eine Studie zur Kinderarmut in Schwerin zu erstellen (Ds. 01350/2006), der zur Vorberatung in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Sie regt an, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion in den Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS inhaltlich mit einzubringen.

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Frau Bemann, äußert sich zunächst dahingehend, der Anregung zu folgen und den Antrag zurücknehmen zu wollen. Diese Absicht verfolgt sie gemeinsam mit dem weiteren Mitglied der SPD-Fraktion, Herrn Meslien, im Laufe der Sitzung nicht mehr, der Antrag wird nicht zurückgezogen.

Die Mitglieder des Ausschusses weisen darauf hin, dass dann der Antrag abzulehnen wäre.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung ist der Ausschuss nicht beschlussfähig.

Beschluss:

Eine abschließende Erörterung und ein Beschluss wird auf die Sitzung am 16. November 2006 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

**zu 9 Sonstiges
Gestaltung der Sitzung am 14. Dezember 2006**

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 16. November 2006 vertagt.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Steffen Block

Protokollführer